

Der Besuch Gaddafis in Italien und Maronis „geschichtsträchtige Erfolge“. Gewalt gegenüber MigrantInnen und Verstöße gegen den Rechtsstaat. Die giftigen Früchte einer gegenläufigen Politik.

(Zusammenfassung eines Kommentars von Fulvio Vassallo Paleologo, Juni 2009)

Während Minister Maroni davon spricht, dank des Engagements Libyens im Kampf gegen die illegale Einwanderung einen „historischen Erfolg“ verbuchen zu können, werden hunderte potenzielle AsylwerberInnen, die mit dem Boot nach Italien flüchten möchten, blockiert. Gaddafi selbst wiederum, nützt seinen Aufenthalt in Italien um sich selbst als „Verteidiger der Menschenrechte“ darzustellen und erhält dafür an der Universität von Sassari sogar die Ehrendoktorwürde.

Der libysche Diktator trifft während seines Besuches auf unterschiedliche Persönlichkeiten der italienischen Politik und Gesellschaft und feiert zudem ein Wiedersehen mit Ex-Innenminister und Berlusconi-Verbündetem Giuseppe Pisanu, der 2004 für die ersten Massenabschiebungen von Lampedusa verantwortlich war und mit dem Ex-Außenminister und Linksdemokraten Massimo D'Alema, der wahre Initiator der Protokolle, die 2007 unterschrieben wurden und schließlich im August 2008 zum italienisch-libyschen Freundschafts-Vertrag führten. Dies zeigt mit aller Deutlichkeit, dass dieser Vertrag von verschiedenen politischen Parteien getragen wurde. Der Besuch Gaddafis in Italien wird vonseiten der italienischen Regierung und der libyschen Führung dazu benützt, die Massenabschiebungen und die Externalisierung des Asylwesens zu legitimieren. Die Botschaft ist klar: Die Grenzkontrollen funktionieren aufgrund der Zusammenarbeit mit der Polizei der Transitländer, und für die MigrantInnen gibt es keinen Ausweg. Dass die Massenabschiebungen und die Auslagerung des Asylsystems weder internationalem Recht, noch der italienischen Verfassung entsprechen, scheint dabei keinerlei Rolle zu spielen.

Die Wurzeln dieser politischen Linie gegenüber Libyen liegen bereits einige Jahre zurück, als der damalige Präsident der europäischen Kommission, Romano Prodi, sich für eine Neuaufnahme der Kontakte stark machte. Dieser Einsatz wurde auch von nachfolgenden Regierungen übernommen, und Italien war Hauptakteur in der Aufhebung des in den achtziger Jahren entstandenen Embargos gegenüber Libyen. Doch obwohl zahlreiche NGOs und sogar der Geheimdienst immer wieder auf die schweren Menschenrechtsverletzungen gegenüber MigrantInnen und Oppositionellen in Libyen hinwiesen, wurde dieser Schritt mit der ökonomischen Bedeutung der Beziehungen aufgrund des Gas- und Erdölvorkommens gerechtfertigt.

Die Wahlerfolge Berlusconis finden auf dem Rücken der MigrantInnen statt, die sich eingesperrt in libyschen Gefängnissen, oder abgeschoben wiederfinden. In Wahlslogans wird die Kollaboration mit Libyen dazu benützt, den großartigen Erfolg der italienischen Regierung im Kampf gegen die illegale Migration vorzuführen. Diese Erfolge finden letzten Endes auch auf dem Rücken derjenigen statt, die es noch als wichtig empfinden, in einem demokratischen Land zu leben.

Zugleich kann man sich aber sicher sein, dass gleich nach den Wahlen die Ankünfte an den italienischen und die Abfahrten an den libyschen Küsten wieder gleich wie zuvor stattfinden werden, wenn auch anhand anderer, längerer Routen und in kleineren Booten.

Die Razzien gegenüber MigrantInnen auf libyschem Boden lassen die Massenabschiebungen in den Hintergrund treten, denn es scheint sehr unwahrscheinlich, dass Libyen das Eindringen fremder militärischer Einheiten auf seinem Territorium weiterhin gutheißend wird. Stattdessen durchkämmten libysche Polizeieinheiten das Land nach MigrantInnen, unter ihnen viele potenzielle AsylwerberInnen, mit Konsequenzen, die Amnesty International bei einem Besuch mit Sorgen wahrnahmen. Dieser Kampf gegen die Migration wird jedoch nicht lange

anhalten, wenn das Geld, das dafür benötigt wird, ausgeht, denn die europäische Union hat bereits klar gezeigt, dass es für diesen sehr kostspieligen Weg nicht zu haben ist. Vielleicht werden, da die EU-Gelder abgelehnt werden, die italienischen SteuerzahlerInnen dafür aufkommen müssen, oder die italienischen Unternehmen, die in Libyen operieren.

Italien hat, auch wenn es nun einen großartigen Erfolg durch den Vertrag mit Libyen verkündet, bereits mehrmals im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik versagt. Die Verträge mit anderen afrikanischen Transitstaaten funktionieren nur sehr träge oder gar nicht und die reduzierte „Abschiebekapazität“ Italiens führt letzten Endes dazu, dass die Internierungslager aus allen Nähten platzen. Praktisch alle italienischen Regionen wehren sich gegen die Errichtung neuer CIEs in ihren Ortschaften. Es handelt sich um Camps, in die hunderte MigrantInnen unter unzumutbaren Zuständen interniert werden und die Berlusconi selbst mit Konzentrationslagern in Verbindung gebracht hat.

Gaddafis Besuch in Italien und die bipartisanen Feierlichkeiten könnten die ItalienerInnen als eine Möglichkeit betrachten, über die Menschenrechte zu reflektieren, welche die italienische Regierung garantieren und auch von seinen Partnern einfordern muss.

In der derzeitigen Lage ist es kaum mehr möglich, von Italiens nächsten Schritten überrascht zu werden. Es ist das Land, das die Gewalttäter der Polizei vom G8-Gipfel in Genua mit Straffreiheit entlohnte, welches Menschen, die in Tunesien systematisch gefoltert worden waren, trotz eines Verbotes des europäischen Gerichtshofes zurück schickte und das hunderte afghanische und irakische Jugendliche nach Griechenland absob, die sie wiederum in die Türkei zurückschickte, von wo aus sie in die Hölle zurückgebracht wurden, aus der sie entflohen waren. Es stellt sich die Frage, was sich von einem solchen Land erwarten lässt, das sich zum europäischen Leader in Sicherheitsfragen entwickelt hat und die europäische Grenzschutzagentur, Frontex, mit Eifer vorantreibt.

Während Gaddafis Besuch in Italien sollten sich alle in Erinnerung rufen, dass die Verteidigung der Grundrechte für MigrantInnen, der Kampf gegen die Diskriminierung und die Einhaltung internationalen Rechts, nicht nur AsylwerberInnen betreffen, sondern Instrumente zur grundsätzlichen Wahrung der Rechtmäßigkeit und Sicherheit der Verfassung für alle sind.

(Übersetzung und Zusammenfassung: Annika Lems)